Deutscher Bundestag
9. Wahlperiode

Drucksache 9/285

27. 03. 81

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 1. April 1981

am Donnerstag, dem 2. April 1981

Seite

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

1. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung die Fördermittel 1981 für den sozialen Wohnungsbau zwar verteilt hat, die Kassenmittel aber tatsächlich erst ab dem Jahr 1983 zur Verfügung stellen will, und welche Rückwirkungen für die Länder und für die Bauherren ergeben sich daraus?

2. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Welche wohnungspolitische Bedeutung mißt die Bundesregierung dem sog. Bauherrenmodell und in diesem Zusammenhang der Mehrwertsteueroption bei, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, im Interesse einer Belebung des sozialen Wohnungsbaus in den Ballungsgebieten das Bauherrenmodell mit der Förderung im sozialen Wohnungsbau zu verbinden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

3. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Auskunft geben, in welche Länder und jeweils in welcher Größenordnung der in deutsch-französischer Zusammenarbeit entwickelte Jagdbomber „Alpha Jet" bisher exportiert wurde?

4. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Erfolgten diese Exporte in jedem Fall in Abstimmung und im Einverständnis zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland?

5. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Inwieweit bestätigt die Bundesregierung Darstellungen des Nachrichtenmagazins Der Spiegel vom 9. März 1981, wonach die Besetzung bzw. längerfristige Beschäftigung der Vorsitzenden von Prüfungsausschüssen für Kriegsdienstverweigerer davon abhängig gemacht wird, „daß sie . . . ins wehrdienstbewußte Milieu passen. . . .", und welche Konsequenzen wird sie gegebenenfalls ziehen?

6. Abgeordneter **Dr. Marx** (CDU/CSU)

Wie viele Schwerbeschädigte und Schwerkriegsbeschädigte sind gegenwärtig im Bundesverteidigungsministerium und den nachgeordneten militärischen und zivilen Behörden dieses Hauses beschäftigt, und wieviel sogenannte Pflichtplätze werden dadurch besetzt?

7. Abgeordneter **Broll** (CDU/CSU)

Hat die Klausurtagung der militärischen Führungsspitzen am 4. und 5. März 1981 im Zusammenhang mit der Finanzierungslücke um die Beschaffung des Tornado negative Auswirkungen auf den bereits bestehenden Beförderungs- und Verwendungsstau in der deutschen Bundeswehr, und wenn ja, welche?

8. Abgeordneter **Dörflinger** (CDU/CSU)

Waren die in der Bild-Zeitung vom 20. Februar 1981 genannten Inanspruchnahmen der Flugbereitschaft der Bundeswehr durch die Bundesminister Ertl (Flug von Bad Tölz nach Wels in Österreich), Offergeld (Flüge von Köln nach Zürich und zurück und von Zürich nach Köln), Dr. Haack (Flug von Basel nach München) und Dr. Ehrenberg (Flug nach Wien) unumgänglich?

9. Abgeordneter **Dörflinger** (CDU/CSU)

Hätte es nach Ansicht der Bundesregierung nicht zur Glaubwürdigkeit der regierungsamtlichen Sparappelle an die Adresse aller Bürger beigetragen, wenn die genannten Bundesminister auf die Inanspruchnahme der Flugbereitschaft verzichtet und statt dessen reguläre Linienflüge in Anspruch genommen hätten?

10. Abgeordnete **Frau Schmidt (Nürnberg)** (SPD)

Kann die Bundesregierung Meldungen bestätigen, nach denen „die USA riesige Mengen von überalteten, teils undichten chemischen Waffen" in der Bundesrepublik Deutschland lagert und aus finanziellen Gründen nicht bereit ist, diese Waffen zu vernichten?

11. Abgeordnete **Frau Schmidt (Nürnberg)** (SPD)

Kann die Bundesregierung Aussagen darüber machen, in welchem Zustand sich die von den USA gelagerten Waffen in der Region Nürnberg–Würzburg befinden, und in welchem Ausmaß die betroffene Bevölkerung gefährdet ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

12. Abgeordneter **Daweke** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Förderung der Schüler der Fachschule für Sozialpädagogik in Schleswig-Holstein, die eine berufliche Erstausbildung vermittelt auf Grund der für sie geltenden Zugangsvoraussetzungen dem BAföG entspricht und nach § 13 BAföG gefördert werden kann, und trifft es zu, daß Schüler in einer entsprechenden Ausbildung in anderen Bundesländern ebenso wie die Erzieherschüler in Schleswig-Holstein gefördert werden und daß deshalb nicht von einer Benachteiligung der Schüler der Fachschule für Sozialpädagogik in Schleswig-Holstein gesprochen werden kann?

13. Abgeordneter **Daweke** (CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung einschlägige Gerichtsurteile zur Frage der förderungsrechtlichen Zuordnung von Ausbildungen bekannt, und richten sich die zuständigen Stellen danach?

14. Abgeordneter **Weisskirchen (Wiesloch)** (SPD)

Ist die Bundesregierung auch der Meinung, daß die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung und ihre Arbeiten weitgehend entbehrlich seien, und eine gesamtstaatliche Bildungsplanung heute so nicht mehr erforderlich sei, wie der Kultusminister des Landes Niedersachsen geäußert haben soll?

15. Abgeordneter **Weisskirchen (Wiesloch)** (SPD)

Was hält die Bundesregierung von Vorschlägen, Aufgaben der Bildungsplanung sowie notwendige Abstimmungen zwischen Bund und Ländern im Bildungswesen auf die Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder (KMK) und ihr Umfeld zu verlagern?

16. Abgeordnete **Frau Steinhauer** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, die Gleichstellung von Prüfungszeugnissen von Berufsfachschulen, die in der Verordnung vom 21. Juli 1981 für Schulen des Landes Bremen anerkannt wurden, auch für Prüfungszeugnisse von Berufsfachschulen in anderen Bundesländern durch entsprechende Verordnungen vorzunehmen, um so die Gleichbehandlung in der gesamten Bundesrepublik Deutschland zu gewährleisten?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

17. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung Warnungen der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände und des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten von Nordrhein-Westfalen, daß die Schadstoffemissionen beim Betrieb von Kohlekraftwerken auch bei neuen Anlagen Werte erreichen, die weiträumig zur Vernichtung von Nadelwaldbeständen führen, und welche Maßnahmen wird sie gegebenenfalls ergreifen, um solche Schäden zu verhindern?

18. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob es zutrifft, daß in der letzten Zeit bei Demonstrationen mit Ausschreitungen und Besetzungen von Häusern an verschiedenen Orten jeweils dieselben Teilnehmer festgestellt wurden, und hat die Bundesregierung Erkenntnisse, ob und von wem diese Personen finanzielle Unterstützung erhalten?

19. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Auf welche Weise wirkt der Bundesinnenminister bei der Erteilung von Besuchsgenehmigungen für kerntechnische Einrichtungen zugunsten von Ausländern mit, die anhand der üblichen Sicherheitsprüfungen durch Länderbehörden nicht überprüfbar sind, und in welchen Fristen erfolgte in der Vergangenheit in der Regel eine Unbedenklichkeitserklärung des Bundesinnenministers für den Zutritt zu Sicherheitsbereichen?

20. Abgeordneter **Herberholz** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß in den nächsten Jahren regional ein weiterer Anstieg des Nitratgehalts im Trinkwasser zu befürchten ist, und wenn ja, welche Überlegungen werden seitens der Bundesregierung angestellt, um dieser Gefahr zu begegnen?

21. Abgeordneter **Dr. Kübler** (SPD)

Welche praktischen Erfahrungen hat die Bundesregierung mit den 1975 beschlossenen Grundsätzen für die Prüfung der Umweltverträglichkeit öffentlicher Maßnahmen des Bundes seither gemacht, insbesondere wieviel öffentliche Maßnahmen sind z. B. in den Ressorts Verkehr und Bau nach den zuvor genannten Grundsätzen überprüft worden?

22. Abgeordneter **Dr. Kübler** (SPD)

Hat die Regelung in den Grundsätzen für die Prüfung der Umweltverträglichkeit öffentlicher Maßnahmen des Bundes, wonach diese keine Anwendung finden, soweit in oder auf Grund von Rechtsvorschriften spezielle Bestimmungen zum Schutz der Umwelt getroffen sind, im Ergebnis dazu geführt, daß Umweltverträglichkeitsprüfungen nach den Grundsätzen von 1975 praktisch nicht stattgefunden haben, und hält die Bundesregierung deshalb möglicherweise eine Überprüfung dieser Regelung in den Grundsätzen für die Zukunft für erforderlich?

23. Abgeordneter **Keller** (CDU/CSU)

Welche Auswirkungen hat die vom Bundesfinanzminister in Aussicht gestellte Erhöhung der Kilometerpauschale auf die Wegstreckenentschädigung, wenn für Dienstreisen das eigene Kraftfahrzeug benutzt wird?

24. Abgeordneter **Keller** (CDU/CSU)

Welche Auswirkungen hat das Steigen der Benzinpreise auf die Haltung der Bundesregierung, die Wegstreckenentschädigung bei der Benutzung des eigenen Kraftfahrzeugs für Dienstreisen betreffend?

25. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Warum hat der Bundesinnenminister vor dem Innenausschuß des Deutschen Bundestages nur von 250000 ausreisewilligen Deutschen gesprochen, während anderorts von über 500000 Deutschen, deren Ausreisewünsche bekannt sind, die Rede ist?

26. Abgeordneter **Sander** (SPD)

Trifft es zu, daß dem in Rumänien geborenen Berufsfußballer Alexander Szatmari, der im November 1979 nach dem UEFA-Cup-Spiel von Dynamo Bukarest bei Eintracht Frankfurt in der Bundesrepublik Deutschland geblieben ist und seit Oktober 1980 beim VfB Stuttgart spielt, ohne Einhaltung der sonst üblichen Fristen die deutsche Staatsbürgerschaft verliehen worden ist, und ist das Einbürgerungsverfahren Szatmari mit dem Gleichheitsgrundsatz zu vereinbaren?

27. Abgeordneter **Sander** (SPD)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um in allen Bundesländern und bei allen ausländischen Personen die gleiche Behandlung ihrer Anträge auf Einbürgerung zu gewährleisten?

28. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Treffen Meldungen zu, daß nach einer Erhebung des Bundesamts für Zivilschutz in der Bundesrepublik Deutschland nur für etwa 3 v. H. der Bevölkerung Schutzplätze zur Verfügung stehen, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, entsprechende Mittel für den Zivilschutz bereitzustellen bzw. privaten Bauherren eine spürbare steuerliche Entlastung zukommen zu lassen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

29. Abgeordneter **Lampersbach** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung gegen eine sich in letzter Zeit mehrende Praxis gewisser Vereine zu tun, die häufig nur aus wenigen (z. B. drei) Personen bestehen, aber mit pompösen Schriftsätzen (von Rechtsanwälten oder auch Nichtjuristen – „Generalsekretären" – unterzeichnet) Wirtschaftsunternehmen insbesondere des Handels wegen angeblicher Verstöße gegen das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb abmahnen und bis zu 150 DM „Gebühren" festsetzen, die vielfach von den Unternehmern – in Unkenntnis der Rechtslage – dann auch bezahlt werden?

30. Abgeordneter **Lampersbach** (CDU/CSU)

Kann durch diese Praktiken die Verfolgung unlauteren Wettbewerbs nicht insgesamt diskreditiert werden und eine Beeinträchtigung der Tätigkeit der Industrie- und Handelskammern, der Einzelhandelsverbände und der seriösen Wettbewerbsvereine eintreten, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

31. Abgeordneter **Feile** (SPD)

Liegen der Bundesregierung Unterlagen darüber vor, von welchen Verbänden i. S. des § 13 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) derzeit im Falle eines Verstoßes gegen das UWG ein Anspruch auf Unterlassung einer wettbewerbswidrigen Handlung (z. B. irreführende Preisangabe) geltend gemacht, welche Kosten für diese Abmahnung (§ 13 UWG) gefordert, sowie welche Vertragsstrafe im Falle einer Wiederholung im Rahmen einer Unterlassungserklärung zu entrichten ist?

32. Abgeordneter **Feile** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß neben den traditionellen Verbraucherschutzverbänden sich neue Vereine zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs gegründet haben, deren offensichtlicher Zweck die systematische Ausforschung des Anzeigenteils von Zeitungen nach – häufig geringfügigen – Verstößen des UWG ist und die für die Abmahnung teilweise nicht unbeträchtlichen Auslagenersatz fordern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

33. Abgeordneter **Grunenberg** (SPD)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß auf Grund des Beschlusses des EG-Ministerrats vom 30. Mai 1980, der beinhaltet, daß mit den beschlossenen Beitragsrückerstattungen an Großbritannien auch eine befriedigende Lösung für ein gemeinsames EG-Fischereiregime bis spätestens 31. Dezember 1980 gefunden werden muß, ein Junktim zwischen den Beitragsrückerstattungen und der Lösung des EG-Fischereikonflikts hergestellt wurde?

34. Abgeordneter **Grunenberg** (SPD)

Wenn ein solches Junktim besteht, welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung in der Frage der Beitragsrückerstattungen an Großbritannien zu ziehen, da bis heute keine Einigung über eine gemeinsame Fischereipolitik erreicht wurde?

35. Abgeordneter **Grobecker** (SPD)

Sieht die Bundesregierung in der bisherigen Nichteinigung über die gemeinsame Fischereipolitik auch eine Belastung der EG-Agrarpreisverhandlungen, da sich im Beschluß vom 30. Mai 1980 alle Mitgliedstaaten verpflichtet haben, daß insbesondere Beschlüsse zur Festsetzung der Agrarpreise rechtzeitig für die nächste Marktsaison gefaßt werden?

36. Abgeordneter **Grobecker** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderungen Großbritanniens auf bevorrechtigten Zugang zu den Fischereiressourcen innerhalb einer 12 Seemeilen Zone in dem britischen Teil des EG-Meeres unter rechtlichen Gesichtspunkten, und steht das Verhalten Großbritanniens im Einklang mit den Regeln des EG-Vertrags?

37. Abgeordnete **Frau Terborg** (SPD)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß eine Lösung des Fischereikonflikts auch im Interesse der europäischen Integration notwendig ist und eine Nichteinigung diesen Integrationsbemühungen schweren Schaden zufügt?

38. Abgeordnete **Frau Terborg** (SPD)

Hält die Bundesregierung daran fest, daß auch zukünftig eine deutsche Hochseefischerei unverzichtbar ist, und wic beurteilt die Bundesregierung die augenblickliche Situation der deutschen Fischerei?

39. Abgeordneter **Ewen** (SPD)

Hält die Bundesregierung die zur Überbrückung der augenblicklichen schwierigen Situation der deutschen Hochseefischerei bereitgestellten 30 Millionen DM für ausreichend, und ist ihrer Auffassung nach eine Beteiligung der vier norddeutschen Küstenländer an einem Hilfsprogramm für die Fischerei wünschenswert?

40. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung daran gehindert, die EG-Fischereifragen bei den Verhandlungen um die Kürzung der englischen EG-Zahlungen zu lösen?

41. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Pressemeldungen bestätigen, daß Staatssekretär Rohr bei den Ministerratsverhandlungen eine generelle Lockerung des Interventionssystems bei den Agrarmarktordnungen favorisiert hat, und wie stellt sich die Bundesregierung diese Lockerung vor?

42. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Weist der Rücktritt der Ethologen (Verhaltensforscher) aus der Arbeitsgruppe, die das Projekt des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zur tierschutzgerechten Hennenhaltung begleitet hatte, darauf hin, daß bei dessen Durchführung die wissenschaftliche Objektivität nicht gewährleistet war, und welche Maßnahmen hat die Regierung ergriffen, um sicherzustellen, daß die verhaltenswissenschaftlichen Ergebnisse dieses Projekts von unparteilichen Sachverständigen (Ethologen) ausgewertet und uneingeschränkt veröffentlicht werden?

43. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung aus dem Ergebnis einer im Auftrag des Bundesernährungsministeriums von der Prognos AG, Basel, durchgeführten Untersuchung zu ziehen, daß die schwach strukturierten dünn besiedelten ländlichen Räume im Hinblick auf die Wirtschaftskraft, öffentliche Infrastruktur, Wohnungsversorgung usw. auch künftig das Schlußlicht der Entwicklung bilden werden, wie am Beispiel des Landkreises Tirschenreuth gezeigt wird?

44. Abgeordneter **Schröder (Wilhelminenhof)** (CDU/CSU)

Wie erklärt die Bundesregierung den Unterschied zwischen dem bei der Ermittlung des Vergleichslohns verwendeten Ansatz von maximal 280 Arbeitstagen je landwirtschaftlicher Vollarbeitskraft, einschließlich des Betriebsleiters, und dem im Agrarbericht 1981 (Materialband Tabelle 6) ausgewiesenen durchschnittlichen Arbeitsaufwand der Selbständigen in der Land- und Forstwirtschaft von 63 Arbeitsstunden pro Woche?

45. Abgeordneter **Schröder (Wilhelminenhof)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß mit dem verwendeten AK-Ansatz der tatsächliche tägliche Arbeitsaufwand, z. B. im milchviehhaltenden Familienbetrieb, nur unzulänglich wiedergegeben wird und daß eine entsprechend wirklichkeitsnähere Darstellung erforderlich ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

46. Abgeordneter **Dr. Häfele** (CDU/CSU)

Wann wird die entsprechend der Regierungserklärung von Bundeskanzler Schmidt vom 16. Dezember 1976 gebildete Transfer-Enquete-Kommission ihre Ergebnisse vorlegen?

47. Abgeordneter **Dr. Häfele** (CDU/CSU)

Liegen heute schon Teilerkenntnisse dieser Kommission vor für eine bessere Abstimmung zwischen marktmäßigen Einkommen samt Abgabenbelastungen und staatlichen Transferleistungen?

48. Abgeordneter **Menzel** (SPD)

Sind der Bundesregierung Untersuchungsergebnisse bekannt, wonach in den Datenbanken großer Industrie- und Handelsunternehmen in erheblichem Umfang Einzelangaben über jeden Arbeitnehmer gesammelt sind (siehe Bericht der Frankfurter Rundschau „Warnung vor totaler Verplanung" vom 5. März 1981), und ist eine solche Datensammlung mit den bundesrechtlichen Datenschutzbestimmungen vereinbar?

49. Abgeordneter **Menzel** (SPD)

Teilt die Bundesregierung Befürchtungen, daß durch die angeführten Datensammlungen persönliche Freiheiten und Selbstbestimmungsrechte eingeschränkt werden können, wachsende Kontrollen über den einzelnen sowie Verschiebungen im Interessengleichgewicht zwischen Unternehmensleitung und Betriebsrat möglich werden und das Arztgeheimnis in diesem Bereich nicht mehr gesichert ist, und wenn ja, was kann die Bundesregierung im Rahmen ihres Verantwortungsbereichs tun, um diesen Befürchtungen entgegenzuwirken und sicherzustellen, daß diese Daten nicht mißbraucht werden?

50. Abgeordneter **Fischer (Osthofen)** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß sich die Bundesanstalt für Arbeit mit Kreditprogrammen an kommunalen Erschließungsmaßnahmen beteiligt?

51. Abgeordneter **Fischer (Osthofen)** (SPD)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß es nicht die Aufgabe der Bundesanstalt für Arbeit sein kann, mit Mitteln, die sich aus den Zahlungen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber sowie aus den Zuschüssen des Bundes zusammensetzen, Finanzierungshilfen für Kommunen zu leisten?

52. Abgeordneter **Kolb** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung quantifizieren, mit welchen Mitteln welche Arbeitsplätze geschaffen wurden, nachdem nach Aussage von Bundesminister Dr. Ehrenberg mit dem Programm der Bundesregierung 900 000 Arbeitsplätze geschaffen worden sind, und wenn ja, weshalb sieht sie sich außerstande, diese Leistung zu wiederholen?

53. Abgeorneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß die Berechnung des Potentials der „Stillen Reserve", zu der nicht alle arbeitsfähigen, derzeit nicht erwerbstätigen Einwohner im Alter über 15 Jahre gehören, aus analytischen, prognostischen und arbeitsmarkt-

politischen Gründen unverzichtbar ist und daß die Größenordnung der „Stillen Reserve" gegenwärtig etwa so zu veranschlagen ist, wie dies in den laufenden Veröffentlichungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit geschieht, nämlich mit rund 600 000 Personen?

54. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Soll die Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in enger Verbindung mit der Bevölkerungswissenschaft die theoretische und empirische Erforschung der Bestimmungsgründe des Erwerbsverhaltens, gegebenenfalls ergänzt durch eine regelmäßige Befragung der entmutigten Erwerbspersonen, etwa durch den Mikrozensus intensivieren, oder rät die Bundesregierung von solchen Versuchen im Hinblick auf die Problematik und den damit verbundenen Aufwand ab?

55. Abgeordnete **Frau Zutt** (SPD)

Trifft es zu, daß die Bundesanstalt für Arbeit in ihrem Programm zur Förderung Behinderter am Arbeitsplatz nur Zuschüsse für Behindertenarbeitsplätze in Werkstätten gewährt, nicht aber für solche in der Landwirtschaft?

56. Abgeordnete **Frau Zutt** (SPD)

Hält es die Bundesregierung nicht für erforderlich, Zuschüsse auch für Behindertenarbeitsplätze in der Landwirtschaft zu geben, da es sich gezeigt hat, daß gerade für geistig Behinderte Arbeiten in der Landwirtschaft geeignet sind?

57. Abgeordneter **Dr. Lammert** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung die Ungleichbehandlung von Männern und Frauen in der Rentenversicherung bezüglich des vorgezogenen Altersruhegeldes mit 60 Jahren, insofern als Männer dies nur nach nachgewiesener einjähriger Arbeitslosigkeit in Anspruch nehmen können, Frauen dagegen vom ersten Tag der Arbeitslosigkeit an, als gerechtfertigt an, und wenn ja, aus welchen Gründen?

58. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Wie sieht die in § 57 des Schwerbehindertengesetzes geregelte Erstattungszusage für die durch die unentgeltliche Beförderung entstehenden Fahrgeldausfälle bei den Omnibusunternehmen in der Praxis aus, und bis wann ist die Bundesregierung bereit, die aufgetretenen Disparitäten auszugleichen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

59. Abgeordneter **Breuer** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß Informationen, nach denen in immer mehr Rauschmittelentzugs- bzw. Therapieanstalten in der Bundesrepublik Deutschland zunehmende Mengen Rauschgifte und Alkoholika eingeschleust werden, zutreffen?

60. Abgeordneter **Breuer** (CDU/CSU)

Wie stellt sich die Bundesregierung gegebenenfalls in diesem Zusammenhang die zukünftige Einhaltung des Prinzips „Therapie statt Strafe", das in dem von den Fraktionen der SPD und FDP eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Betäubungsmittelrechts vertreten wird, vor?

61. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, wieviel nach dem gegenwärtigen Strafrecht straffreie Schwangerschaftsabbrüche 1980 in der Bundesrepublik Deutschland festgestellt worden sind, wieviele davon fallen unter den Tatbestand der sogenannten sozialen Indikation, und wie verhalten sich diese Zahlen zu den Vergleichszahlen der Jahre 1980 und 1979?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

62. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Werden für das Jahr 1981 ausreichende Mittel für das vom Bundesministerium für Forschung und Technologie in Berlin geförderte Modellprojekt „Telebus" (für Behinderte) bereitgestellt, und kann mit einer unveränderten Durchführung dieses Projekts gerechnet werden?

63. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Wie gestalten sich z. Z. Finanzierung und Weiterentwicklung der beiden fortgeschrittenen Reaktorlinien Schneller Brüter und Hochtemperaturreaktor?

64. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Welche Kosten werden nach jüngsten Erkenntnissen bei den beiden Prototypen SNR 300 und THTR 300 entstehen?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

65. Abgeordneter **Schröder (Hannover)** (SPD)

Aus welchen Gründen hat das Bundeskanzleramt eine Untersuchung über Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland in Auftrag gegeben, und welches sind die wesentlichen Ergebnisse dieser Studie?

66. Abgeordneter **Schröder (Hannover)** (SPD)

Ist die Datenbasis der Studie repräsentativ für die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland im Sinne sozialwissenschaftlicher Kriterien, und hält die Bundesregierung die Ergebnisse der Studie für geeignet, das Bewußtsein für Gefahren von rechts zu schärfen?

67. Abgeordneter **Haase (Kassel)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der Bundeskanzler mit zwölf Begleitpersonen in zwei verschiedenen Luftwaffenmaschinen in den Neujahrsurlaub auf Gran Canaria geflogen ist, und wie hoch waren die Unterbringungskosten für die Begleitung des Bundeskanzlers in dem zur ersten Preiskategorie gehörenden „Palm-Beach-Hotel"?

68. Abgeordneter **Haase (Kassel)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß andere Urlauber ihre für die gleiche Zeit im „Palm-Beach-Hotel" bereits fest gebuchten Zimmer nicht bekamen, weil diese von der Begleitung des Bundeskanzlers in Anspruch genommen wurden, und gibt es frühere Fälle, bei denen bei privaten und dienstlichen Reisen des Bundeskanzlers andere Hotelgäste ihre fest gebuchten Zimmer räumen mußten bzw. nicht beziehen konnten, weil sie vom Bundeskanzler oder seiner Begleitung in Anspruch genommen wurden?

69. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Auf welche Weise wird die Bundesregierung die „erheblichen Schwierigkeiten" bei der Geltendmachung von Regreßansprüchen gegen Regierungsmitglieder überwinden soweit diese unter Rechtsbruch und Verletzung von Gesetzen zusammen mit der Firma Merex AG an Waffengeschäften beteiligt waren, die den fünf Millionen Vergleich zwischen der Bundesregierung und der Firma Merex AG verursachten?

70. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Was veranlaßt die Bundesregierung, Antworten auf Fragen nach den konkreten Gründen für die behauptete noch bestehende Gefährdung der Staatssicherheit und der auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland durch eine Offenlegung der Bestimmungsgebiete illegaler Waffengeschäfte der Merex AG Mitte der 60er Jahre im Jahr 1981 unter Hinweis auf den heute noch notwendigen Geheimnisschutz abzulehnen (14. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 22. Januar 1981, Plenarprotokoll Seite 482 ff.), obwohl nach einem Hearing vor einem Untersuchungsausschuß des US-Senats (1967), laut einem Bericht im Spiegel (Nummer 52/1975) und laut einem Artikel des „Kölner Stadtanzeigers" (6. März 1979) einige der Empfängerländer dieser verbotenen Waffenlieferungen, nämlich Pakistan, Indien und Saudi-Arabien, seit langem öffentlich bekannt sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

71. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung die Zustimmung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen zum Vorschlag der vier skandinavischen Länder auf Schaffung eines UNO-Fonds für Opfer der Folterung, und welche Maßnahme hat bzw. wird die Bundesregierung in diesem Zusammenhang unternehmen?

72. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Kann die Bundesregierung schon jetzt Aussagen über den finanzellen Umfang deutscher Leistungen machen?

73. Abgeordneter **Werner** (CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung nähere Kenntnisse darüber vor, daß Angehörige des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR in Nicaragua tätig sind und im Fall des Berliner Geschäftsmanns Horst-Peter Koltermann an Folterungen teilnahmen (Berliner Morgenpost vom 1. März 1981)?

74. Abgeordneter **Werner** (CDU/CSU)

Wie gedenkt die Bundesregierung, den Vorwurf des polnischen Außenministers vor dem polnischen Parlament, der Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 12. Februar 1981 über die Darstellung Deutschlands in Schulbüchern und kartographischen Werken für den Schulunterricht stehe im krassen Widerspruch zum deutsch-polnischen Vertrag von 1970 sowie anderen Vereinbarungen und sei völkerrechtswidrig, zurückzuweisen?

75. Abgeordneter **Dr. Diederich (Berlin)** (SPD)

Ist bei den Gesprächen des Bundesaußenministers in Warschau direkt oder indirekt der Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 12. Februar 1981 – Grundsätze für die Darstellung Deutschlands in

Schulbüchern und karthographischen Werken für den Schulunterricht – angesprochen worden, und wie steht die Bundesregierung zu den Äußerungen, die der polnische Außenminister vor dem polnischen Sejm dazu getan haben soll?

76. Abgeordneter **Dr. Diederich (Berlin)** (SPD)

Hält die Bundesregierung diese Empfehlungen für hilfreich im Hinblick auf das, was der Bundesaußenminister über die gemeinsame Interessenlage der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland und über die Zusammenarbeit in Mitteleuropa gesagt hat?

77. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Welche Gründe kann die Bundesregierung dafür angeben, daß die Zahl der Ausreisegenehmigungen aus den Oder-Neiße-Gebieten seit Monaten in erschreckender Weise rückläufig ist?

78. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Hat der Bundesminister des Auswärtigen bei seinem Besuch in Warschau erreichen können, daß in Zukunft wieder mehr Ausreisegenehmigungen aus diesen Gebieten erteilt werden?

79. Abgeordneter **Dr. Wörner** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die von Bundesverkehrsminister Dr. Hauff und Bundesentwicklungshilfeminister Offergeld vertretene Auffassung, es müsse auf dem Wege von Rüstungskontrollverhandlungen ein Ergebnis erreicht werden, das den Verzicht auf die geplante Nachrüstung bei entsprechender Reduzierung der schon aufgestellten SS 20 Raketen zum Inhalt habe?

80. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung einiger Kabinettsmitglieder, ein zeitlich begrenztes Moratorium bezüglich der Stationierung eurostrategischer Waffen könne ein sinnvoller Bestandteil dieser Verhandlungen sein?

81. Abgeordneter **Würzbach** (CDU/CSU)

Wie steht die Bundesregierung zu der von den Kabinettsmitgliedern mitgetragenen Feststellung, man werde sich an einer Politik, die auf überlegene militärische Stärke abziele, auch nicht durch die Bereitstellung deutschen Territoriums für die Stationierung neuer eurostrategischer Waffen beteiligen?

82. Abgeordneter **Dr. Jenninger** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung die in der von den Kabinettsmitgliedern mitgetragenen Initiative des badenwürttembergischen SPD-Landesvorstands enthaltene Annahme für richtig, die neue amerikanische Regierung erstrebe die militärische Überlegenheit?

83. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung das Verhalten der Bundesminister Dr. Hauff, Offergeld, Dr. von Bülow sowie des Staatsministers im Kanzleramt Huonker, die sich beim Landesparteitag der badenwürttembergischen SPD für einen Beschluß ausgesprochen haben, der dem Nachrüstungsbeschluß des nordatlantischen Bündnisses als Reaktion auf die Überrüstung der Sowjetunion mit Kritik und deutlichen Vorbehalten begegnet, und welches Gewicht ist angesichts dieser Haltung von vier Bundesministern der Bundesregierung den positiven Erklärungen des Bundeskanzlers über den NATO-Beschluß überhaupt noch beizumessen?

84. Abgeordneter **Dreßler** (SPD)

Welche Initiativen hat die Bundesregierung bisher unternommen, um die vorübergehende Verhaftung, das mehrstündige Verhör und die Beraubung persönlichen Eigentums von einem Mitarbeiter des Informationsbüros Nicaragua e. V., Wuppertal, plus Begleiter, anläßlich einer Zwischenlandung in Guatemala am 16. Februar 1981 aufzuklären, nachdem der Botschafter in Guatemala und das Auswärtige Amt mit Fernschreiben vom 18. Februar 1981 den Vorgang zugeleitet bekommen haben?

85. Abgeordneter **Dreßler** (SPD)

Welche Aussichten bestehen nach Auffassung der Bundesregierung, daß die anläßlich des Vorfalls entwendete persönliche Habe der deutschen Mitarbeiter des Informationsbüros Nicaragua e. V. wiederbeschafft werden?

86. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Kritik der großen Eurobanken an dem jüngsten Polen gewährten staatsverbürgten 150 Millionen Kredit, weil mit diesem Kredit keinerlei Auflagen an Polen verbunden worden seien?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

87. Abgeordneter **Pensky** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, das bundesdeutsche Versicherungsunternehmen ihre Annahmerichtlinien für die Kraftfahrzeugversicherung wie folgt geändert haben: „Ausländer, auch Gastarbeiter, zählen ab sofort zu den unerwünschten Risiken. Falls ein Ausländer unter Berufung auf das Pflichtversicherungsgesetz auf Annahme besteht, wird lediglich die Kfz-Haftpflichtversicherung übernommen. ... Die Vertragsdauer darf höchstens ein Jahr betragen. Bei Antragsaufnahme ist der Erstbeitrag je nach vereinbarter Zahlungsweise sofort zu kassieren . . .“?

88. Abgeordneter **Pensky** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, und gegebenenfalls welche Möglichkeiten sieht sie, auf die Versicherungsunternehmen einzuwirken, damit die durch die Änderung der Annahmerichtlinien hervorgerufene Diskriminierung der Ausländer beseitigt wird?

89. Abgeordneter **Hoffie** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung die in der Presse nicht abreißende Berichterstattung, nach der die Kraftfahrzeughaftpflichtversicherer ausländische Versicherungsnehmer – insbesondere aus der Türkei, Griechenland und Jugoslawien – im Vergleich zu den übrigen Versicherten diskriminierend behandeln, und welche Möglichkeiten sieht sie, diese Geschäftspraktiken abzustellen?

90. Abgeordneter **Dr. Freiherr Spies von Büllesheim** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß Wohngebäude in nach dem Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm vom 30. März 1971 formell festgestellten Schutzzonen bei der Feststellung der Einheitswerte auf Antrag generell mit einem Abschlag versehen werden können?

91. Abgeordneter **Dr. Freiherr Spies von Büllesheim** (CDU/CSU)

Welchen Bewertungsabschlag hält die Bundesregierung in der Schutzzone 1 und in der Schutzzone 2 – jedenfalls dem Rahmen nach – für angemessen?

92. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Wann wird die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode einen Vorschlag zur Erhöhung der Kilometerpauschale unterbreiten, oder ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, eine Initiative in dieser Hinsicht aus dem Deutschen Bundestag zu unterstützen?

93. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Wann wird die Bundesregierung einen Gesetzentwurf vorlegen, bei dem es darum geht, die Kraftfahrzeugsteuer auf die Mineralölsteuer umzulegen?

94. Abgeordneter **Lintner** (CDU/CSU)

Wie bringt die Bundesregierung die Tatsache, daß die Pendler im Zonenrandgebiet von der Mineralölsteuer besonders betroffen sind, u. a. mit § 2 Abs. 1 Nr. 4 des Bundesraumordnungsgesetzes in Einklang, wonach die Lebens- und Arbeitsbedingungen denen im gesamten Bundesgebiet mindestens gleichwertig sein sollen?

95. Abgeordneter **Carstens (Emstek)** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung Anfang März dieses Jahrs oder zu einem anderen Zeitpunkt während der letzten Monate die im Haushaltsgesetz und im Bundesbankgesetz vorgesehenen gesetzlichen Obergrenzen oder die von der Deutschen Bundesbank gesetzte interne Vorsichtsgrenze für die Aufnahme von Kassenverstärkungskrediten überschritten bzw. nahezu ausschöpfen müssen?

96. Abgeordneter **Carstens (Emstek)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung in den letzten Monaten gezwungen gewesen, Kassenverstärkungskredite zu Zinssätzen von über 20 v. H. (zum Teil bis zu 27 v. H.) aufzunehmen, und falls ja, welches Kreditvolumen hat sie zu welchen Zinssätzen über 20 v. H. aufgenommen?

97. Abgeordneter **Graf Stauffenberg** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Aufnahme kurzfristiger Kredite durch den Bund auf dem Geldmarkt neben der Inanspruchnahme der Kassenverstärkungskredite bei der Deutschen Bundesbank eine Hauptursache für die überhöhten Zinsen für Tagesgeld am 2. März 1981 war, und kann die Bundesregierung angeben, welche Auswirkungen dies auf den Finanzierungsspielraum der gewerblichen Wirtschaft, der Länder und der Gemeinden hatte?

98. Abgeordneter **Graf Stauffenberg** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß durch die Inanspruchnahme kurzfristiger Kredite auch auf dem Geldmarkt der Bund am Monatswechsel Februar/März 1981 entweder seinen Verpflichtungen zur Zahlung der Gehälter an seine Bediensteten oder seinen sonstigen fälligen Verpflichtungen nicht hätte nachkommen können?

99. Abgeordnete **Frau Dr. Martiny-Glotz** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Banken und Sparkassen es nicht als ihre Aufgabe ansehen, die Girokonten ihrer Kunden vor unberechtigten Überweisungsforderungen Dritter (mit oder ohne Einzugsermächtigung der Kontoinhaber) zu schützen, und welche Möglichkeiten sieht sie, die Girokonteninhaber gegen zu spät bemerkte unberechtigte Abbuchungen von ihren Konten zu schützen?

100. Abgeordnete **Frau Dr. Martiny-Glotz** (SPD)

Hält die Bundesregierung die Beschwerdefrist der Bankkunden von sechs Wochen oder die Möglichkeit der gebührenpflichtigen Sperrung der Konten gegen unberechtigte Abbuchungen für ausreichend, oder sollte überlegt werden, wie das System der Einzugsermächtigung ersetzt werden könnte, z. B. durch eine der Bank gegenüber auszusprechende Abbuchungserlaubnis, die mit einer Prüfungsverpflichtung gekoppelt werden könnte?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

101. Abgeordneter **Repnik** (CDU/CSU)

Treffen Meldungen zu, wonach deutsche Architekten und Ingenieure in der Schweiz ohne Niederlassungsbewilligung, die erst nach zehnjährigem ununterbrochenen Aufenthalt in der Schweiz erteilt wird, keine selbständigen Tätigkeiten ausüben können und auch nicht zu in der Schweiz ausgeschriebenen Wettbewerben zugelassen werden, da die Schweiz Arbeits- oder Grenzgängerbewilligungen nur an Arbeitnehmer erteilt und Selbständigen die Übernahme von Aufträgen verwehrt, obwohl schweizerische Architekten und Ingenieure in der Bundesrepublik Deutschland ohne Schwierigkeiten an deutschen Wettbewerben teilnehmen und auch selbständig Planungen ausführen können?

102. Abgeordneter **Repnik** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung gegen die völlig unausgeglichene Konkurrenzlage in diesem Bereich zu ergreifen?

103. Abgeordneter **Hoffie** (FDP)

Inwieweit kann die Bundesregierung bestätigen, daß insbesondere Kunden aus den südeuropäischen Ländern im Vergleich zu deutschen Versicherungsnehmern einen beträchtlich höheren Schadensverlauf verursachen, und welche Position nimmt die Bundesregierung zu dem Vorschlag der Versicherungswirtschaft ein, den angeblich erhöhten Schadensbedarf ausländischer Versicherungsnehmer durch entsprechende Prämienaufschläge abzugelten?

104. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der Staatsratsvorsitzende der DDR, Honecker, von der Bundesregierung die Lieferung von Steinkohle und anderen Kohleerzeugnissen bzw. Koks um mehr als 100 Millionen DM aufgestockt haben möchte, und ist die Bundesrepublik Deutschland in Anbetracht der angespannten Energieversorgungslage überhaupt in der Lage, Kohlelieferungen in diesem Umfang vorzunehmen?

105. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Wird die DDR in der Lage sein, die vorstehenden erhöhten Lieferungen aus der Bundesrepublik Deutschland bezahlen zu können, oder wird im Zuge eines erhöhten Swings dieser Betrag kreditiert werden, bzw. muß befürchtet werden, daß durch Dumpingimporte aus der DDR, z. B. auf dem Polstermöbel-, Kinderwagen-, Porzellan-, Textil- und Nahrungsmittelsektor dieser Betrag ausgeglichen werden soll?

106. Abgeordneter **Dr. Lammert** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß das im Zusammenhang mit verschiedenen Nachfragen von Abgeordneten zur Benachteiligung der deutschen Stahlindustrie durch massive Subventionen in anderen Ländern der europäischen Gemeinschaft in Aussicht gestellte „Nachdenken" der Bundesregierung weit vor dem 1. Juli 1983 als angenommenen Auslauftermin dieser Subventionsmaßnahmen zu einem verbindlichen Ergebnis führen muß, wenn dramatische Entwicklungen nicht nur, aber vor allem im östlichen Ruhrgebiet vermieden werden sollen?

107. Abgeordnete **Frau Steinhauer** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß auf Grund der Quotenregelung nach Artikel 58 des EGKS-Vertrags in Betrieben der Stahlindustrie kurz gearbeitet wird, um die Mengenbegrenzung in den Referenzzeiträumen einzuhalten, und von der Bundesanstalt für Arbeit Kurzarbeitsgeld gezahlt wird, obwohl Aufträge zur Auslastung der Betriebe vorliegen, und wie verträgt sich eine solche Kurzarbeit mit den Bestimmungen des Arbeitsförderungsgesetzes und mit der Politik der Vollbeschäftigung der Bundesregierung?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

108. Abgeordneter **Dr. Rose** (CDU/CSU)

Wie ist es bei der Deutschen Bundesbahn bestellt um den Einsatz und die Verwendbarkeit des Integrierten Transportsteuerung (ITS)–Datensystems 1069 hinsichtlich Anschaffung (Zeitpunkt, Kosten, Baukosten) und tatsächlichem Einsatz?

109. Abgeordnete **Frau Dr. Hartenstein** (SPD)

Treffen die vor dem „Internationalen Gerichtshof für Tierrechte" in Genf gegen die Deutsche Bundesbahn erhobenen Anschuldigungen zu, wonach die im Europäischen Übereinkommen über den Schutz von Tieren beim internationalen Transport (1968) festgelegten Bestimmungen bei der Beförderung von Schlachtpferden aus der UdSSR und Polen durch die Bundesrepublik Deutschland häufig nicht eingehalten werden, insbesondere hinsichtlich der Versorgung kranker und verletzter Tiere und hinsichtlich der Länge der Beförderungszeit?

110. Abgeordnete **Frau Dr. Hartenstein** (SPD)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Deutsche Bundesbahn zur Bereitstellung von genügend Spezialwaggons, zur Verkürzung der Transportzeiten und zur Einhaltung der im Europäischen Übereinkommen genannten Verpflichtungen zu veranlassen?

111. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Aus welchen Gründen wird ab Sommerfahrplan 1981 das Angebot der Deutschen Bundesbahn im Personennahverkehr verschlechtert, und wie ist diese Maßnahme mit der Aussage des Bundeskanzlers in der Regierungserklärung zu vereinbaren, daß der öffentliche Personennahverkehr gefördert werden sollte?

112. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Konnte die Erprobungsphase in den vier Regionalgesellschaften bezüglich Zusammenlegung von Bahn- und Postreisediensten abgeschlossen werden, und welche Konsequenzen ergeben sich nunmehr für die Zusammenlegung dieser Reisedienste von Bahn und Post?

113. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung die Höchstgeschwindigkeit für Busse auf Autobahnen vom 1. Juli 1981 ab auf 100 km/st festsetzen, nachdem die mehrjährigen Versuche ein günstiges Ergebnis erbracht haben?

114. Abgeordneter **Herberholz** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Befürchtung, daß zahlreiche Kraftfahrzeuge, die von in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Angehörigen verbündeter Streitkräfte, insbesondere von US-Soldaten, privat gefahren werden, häufig nicht den deutschen Verkehrssicherheitsbestimmungen und den Abgas- und Lärmvorschriften entsprechen, und wenn ja, hält es die Bundesregierung für erforderlich, im Interesse der Verkehrssicherheit auch diese Kraftfahrzeuge in die Vorführungspflicht beim TÜV einzubeziehen?

115. Abgeordneter **Lintner** (CDU/CSU)

Wie gedenkt die Bundesregierung, bei Baumaßnahmen an Bundesfernstraßen 1981 und in den folgenden Jahren die Einhaltung des § 2 Abs. 1 Nr. 4 letzter Satz des Bundesraumordnungsgesetzes, wonach im Zonenrandgebiet u. a. Verkehrseinrichtungen vordringlich zu schaffen sind, konkret sicherzustellen?

116. Abgeordneter **Dr. Zumpfort** (FDP)

Welche Schritte hat die Bundesregierung in jüngster Zeit unternommen, um die Angleichung der Befähigungsnachweise für die Seefahrt in der Europäischen Gemeinschaft – insbesondere nach dem Beitritt Griechenlands – voranzubringen?

117. Abgeordneter **Dr. Zumpfort** (FDP)

In welchem Maß ist die Bundesregierung mit ihren Bemühungen vorangekommen, die Schiffssicherheitsstandards in der Seeschiffahrt innerhalb der Europäischen Gemeinschaft – vor allem nach dem Beitritt Griechenlands – einander anzupassen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

118. Abgeordneter **Weirich** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung das Vorgeben der Oberpostdirektion Frankfurt, die auf den postamtlich genehmigten Freistemplern des Bundes der Steuerzahler den Eindruck „Wer Steuern zahlt, will Sparsamkeit" abgelehnt und damit eine verwaltungsgerichtliche Auseinandersetzung heraufbeschworen hat?

119. Abgeordneter **Weirich** (CDU/CSU)

Ist der Bundespostminister bereit, die Oberpostdirektionen anzuweisen, künftig auf solche „postalischen Zensuren", die durch § 13 Abs. 1 Nr. 3 der Postordnung nicht gedeckt sind, zu verzichten?

120. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Bedeutet die Zitierung des Vorsitzenden der Deutschen Postgewerkschaft in der Antwort auf meine Frage vom 13. Februar 1981 (Drucksache 9/159), daß sich die Bundesregierung mit dessen Forderung identifiziert, wonach das Streikverbot für Beamte kein „auf Dauer zu erhaltender Zustand sein kann" und „einen zutiefst undemokratischen Zustand" darstelle, so daß als Folge hiervon dem Berufsbeamtentum bei der Deutschen Bundespost die Grundlage entzogen und dessen Abschaffung vorbereitet wird?

121. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Ist der Bundespostminister bereit klarzustellen, daß diejenigen Postbeamten, die während des Novemberstreiks 1980 die Arbeit für streikende Arbeiter und Angestellte übernommen haben und somit pflichtgemäß handelten, nicht als Streikbrecher bezeichnet werden dürfen und den Dank des Bundespostministers verdienen?

122. Abgeordneter **Dr. Hirsch** (FDP)

Wann wird die Deutsche Bundespost endlich Telefone zur Verfügung stellen, deren Klingel nicht nur leise, sondern abgestellt werden kann?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

123. Abgeordneter **Sauer (Salzgitter)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Ablehnung der von der niedersächsischen CDU-Landtagsfraktion geplanten Fahrt nach Potsdam durch den „Reisedienst Berlin/Reisebüro der DDR"?

124. Abgeordneter **Freiherr von Schorlemer** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Ablehnung der zuständigen DDR-Stellen, der CDU-Fraktion im niedersächsischen Landtag eine Einreise nach Potsdam zu verweigern?

125. Abgeordneter **Freiherr von Schorlemer** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Meinung, daß die Entscheidung der DDR-Stellen nicht einen Verstoß gegen den Grundlagenvertrag bedeutet, und ist deshalb die Bundesregierung bereit, bei der DDR vorstellig zu werden, damit sichergestellt wird, der CDU-Fraktion im niedersächsischen Landtag doch noch im Anschluß an eine Sitzung in Berlin eine Reise nach Potsdam zu ermöglichen?

126. Abgeordneter **Lorenz** (CDU/CSU)

Auf welche Weise gedenkt die Bundesregierung, die DDR-Regierung zur Rücknahme der Zwangsumtauscherhöhung zu veranlassen, und was hat sie in dieser Hinsicht bisher unternommen?

127. Abgeordneter **Lorenz** (CDU/CSU)

In welchem Maß ist der Reiseverkehr in die DDR und nach Ost-Berlin seit Erhöhung des Zwangsumtauschs zurückgegangen, wie wirkt sich dies auf die Deviseneinnahmen der DDR aus, und ist die Bundesregierung bereit, hinsichtlich der Straßenbenutzungspauschale eine Berufung auf die clausula rebus sic stantibus zu erwägen?

128. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Ansicht des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Kreutzmann, der nach einem Pressebericht der Hersfelder Zeitung vom 20. März 1981 öffentlich erklärt hat, daß die DDR mit der Erhöhung des Zwangsumtausches im Rahmen des Grundlagenvertrags nicht vertragsbrüchig geworden sei, da die Höhe des Umtausches nicht festgelegt worden sei und auch andere Ostblockstaaten Mindestumtauschsätze hätten?

129. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die DDR an der hessisch-thüringischen Zonengrenze häufig sogenannte Selbstschußanlagen sprengt und diese Sprengung nicht über die Grenzinformationspunkte ankündigt?

Bonn, den 27. März 1981

Druck: Buchdruckerei P. Meier GmbH, 5205 Sankt Augustin 1 - Buisdorf, Telefon (0 22 41) 6 10 71
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0172-6838